

Protokoll des 7. Waldachtaler Bürgerdialogs am 03. April 2025 im Haus des Gastes, Waldachtal-Lützenhardt

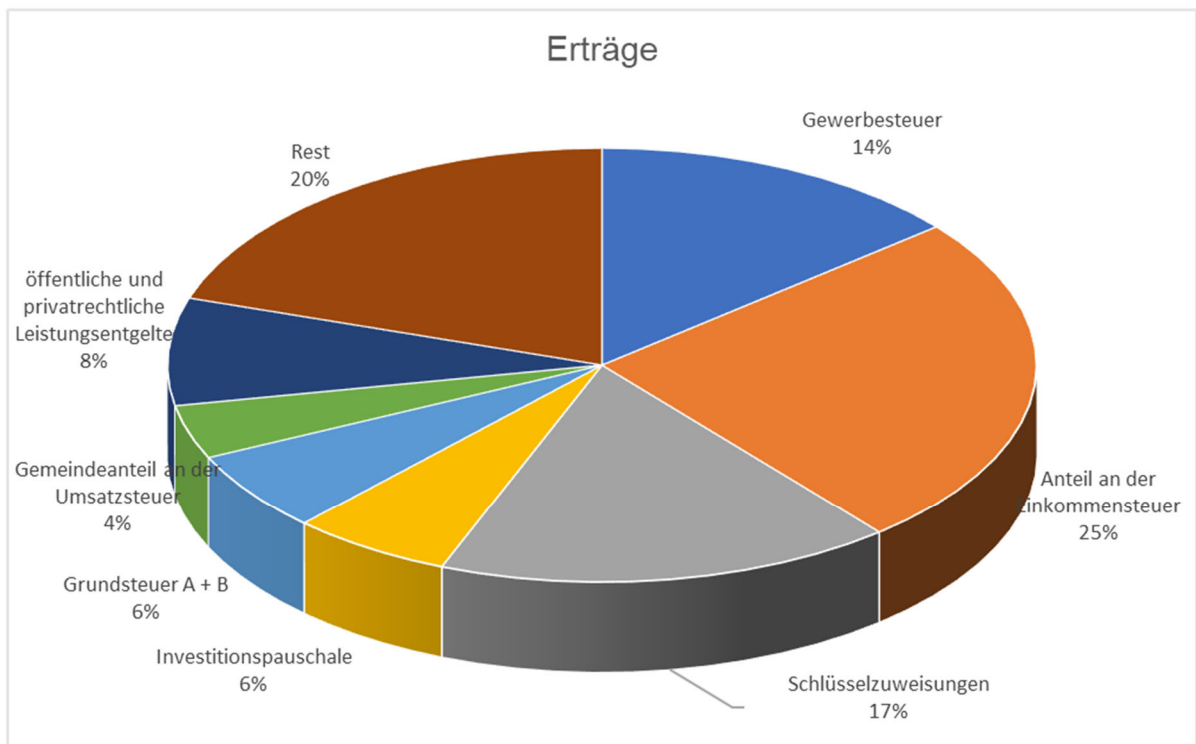
Allgemeine Statistische Zahlen

Bürgermeisterin Grassi nennt zu Beginn der Veranstaltung ein paar statistische Zahlen zur Entwicklung der Gemeinde Waldachtal und erwähnt dabei, dass im Moment rund 6.300 Menschen ihren festen Wohnsitz in der Gemeinde hätten. Die Geburtenzahlen hätten sich in den letzten Jahren auf einem guten Niveau auf ca. 60 Geburten eingependelt und die Kindertageseinrichtungen seien demzufolge auch konstant voll belegt. Dennoch gebe es kaum Kinder auf der Warteliste, was nicht zuletzt auch dem Neubau des Naturkindergartens zu verdanken sei. Anhand verschiedener Schaubilder zeigt Bürgermeisterin Grassi auf, dass auch die Zahl der Grundschüler an den beiden örtlichen Grundschulen relativ konstant ist, zuletzt aber die Zahl 200 überstiegen hat.

Haushalt 2025

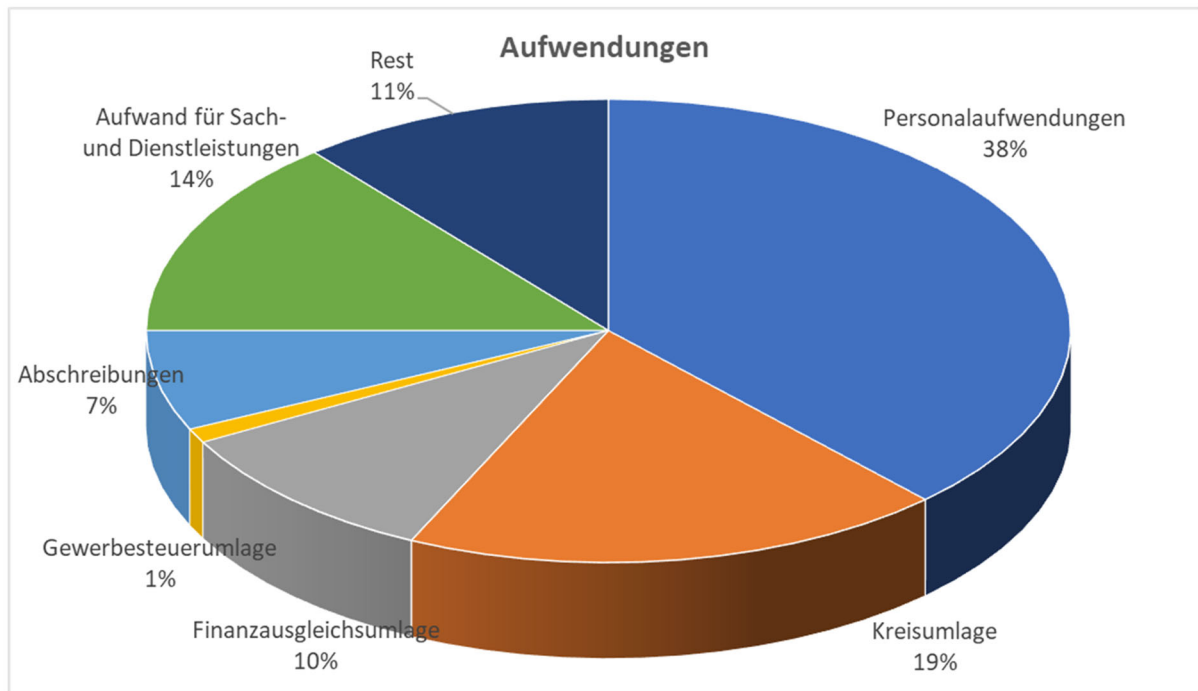
Bürgermeisterin Grassi stellt die wichtigsten Eckdaten des Haushalts 2025 vor und erwähnt dabei, dass man Aufwendungen in Höhe von 18.619.231 € und Erträge in Höhe von 17.601.781 € eingeplant habe. Nach drei guten Jahren (2020 bis 2022), in denen man ein positives Ergebnis vorweisen konnte, folgten ab 2023 Jahre, in denen die Aufwendungen die Erträge überstiegen. Das sei unter anderem der Tatsache geschuldet, dass man aufgrund guter Ergebnisse in den Folgejahren höhere Umlagen abführen müsse und geringere Zuweisungen erhalte. Gleichzeitig seien 2023 und 2025 aber auch die Gewerbesteuererinnahmen eingebrochen, was sich natürlich massiv auf den Haushalt der Gemeinde auswirke. Dennoch würde man an den Zahlen gut erkennen, dass sich 2025 bereits die Einsparungen aus dem Jahr 2024 positiv bemerkbar machten.

Anhand eines Kreisdiagramms zeigt Bürgermeisterin Grassi auf, wie sich die Erträge, aber auch die Aufwendungen der Gemeinde Waldachtal zusammensetzen:



Eberhard Bohnet nimmt Bezug auf die Grundsteuereinnahmen der Gemeinde und möchte wissen, welchen prozentualen Anteil diese in den vergangenen Jahren gehabt hätten. Bürgermeisterin Grassi teilt daraufhin mit, dass sich am Gesamtaufkommen nichts geändert habe, die Grundsteuerreform aber zu erheblichen Verschiebungen geführt habe. Während einige Bürger deutlich weniger bezahlen müssten, sei die Grundsteuer bei anderen deutlich angestiegen.

Nachdem Bürgermeisterin Grassi anhand eines Balkendiagramms die Entwicklung der Gewerbesteureinnahmen aufgezeigt hat, möchte Herr Dr. Roland Schulé wissen, woher die hohen Schwankungen in diesem Bereich kämen. Bürgermeisterin Grassi teilt daraufhin mit, dass dies in Waldachtal ganz normal und – zumindest in den vergangenen Jahren – meist auf Investitionen der Gewerbetreibenden zurückzuführen sei. Erweitere eine Firma ihren Betrieb habe sie einen geringeren Gewinn und die Gemeinde folglich auch weniger Gewerbesteureinnahmen.



Bürgermeisterin Grassi erläutert die größten Ausgabeposten der Gemeinde und erwähnt dabei, dass die Personalausgaben mit einem Anteil von 38 % an den Gesamtausgaben absoluter „Spitzenreiter“ seien. Die Gemeinde habe insgesamt 130 Beschäftigte, wobei 10 Mitarbeiter im Bauhof, 3 im Wald und rund 20 im Rathaus tätig seien. Dann beschäftige man noch ein paar Reinigungskräfte, aber mehr als die Hälfte des Personals sei ausschließlich in Schule und Kindergärten, also im pädagogischen Betreuungsbereich tätig. Da die Kinderbetreuung zu den Pflichtaufgaben gehöre, seien Einsparungen in diesem Bereich kaum möglich. Vorstellbar sei höchstens eine Reduzierung der Betreuungszeiten, wobei das Personal bereits jetzt angehalten sei, bei einer geringen Auslastung Gruppen zusammenzulegen und Personal zu reduzieren.

Als zweitgrößten Ausgabeposten mit einem Anteil von 19 % nennt Bürgermeisterin Grassi die Kreisumlage, deren Höhe von der Steuerkraftsumme einer Gemeinde abhängt. Obwohl die Kreisumlage im Haushalt der Gemeinde Waldachtal kräftig zu Buche schlägt, wirbt Bürgermeisterin Grassi dennoch um Verständnis für deren Erhöhung. Das Kreiskrankenhaus Freudenstadt, zu dessen Betrieb der Landkreis gesetzlich verpflichtet sei, verursache im laufenden Betrieb einen Abmangel von jährlich 18 Mio. €. Dies habe, so Bürgermeisterin Grassi, im Übrigen nichts mit dem Krankenhausneubau zu tun, bei diesem handle es sich um eine investive Maßnahme, die nicht über den laufenden Betrieb abgerechnet werde. Aufwendungen im laufenden Betrieb könne man nicht über Kredite finanzieren, weshalb dem Landkreis eigentlich gar nichts Anderes übrig bleibe, als seine Einnahmen zu erhöhen und hierbei sei die Kreisumlage die einzig wirklich effektive Einnahmequelle. Die erst kürzlich beschlossene Erhöhung um 6 Prozentpunkte reiche aber leider nicht aus. Wolle der Landkreis einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen – und dazu sei er eigentlich verpflichtet – müsste er die Kreisumlage um weitere 7 Prozentpunkte erhöhen. Dann aber, so Bürgermeisterin Grassis Sorge, seien die Kommunen im Landkreis nicht mehr handlungsfähig.

Bürgermeisterin Grassi führt bei dieser Gelegenheit aus, dass die Gemeinde Waldachtal ihre Hausaufgaben gemacht, sämtliche Gebühren in jüngster Vergangenheit neu kalkuliert und entsprechend angepasst und auf der anderen Seite die freiwilligen Aufgaben weitestgehend reduziert habe. Einzig bei der Jugendarbeit leiste man sich noch Ausgaben, zu denen man zwar nicht verpflichtet, von deren Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit man aber überzeugt sei. Sollten die Ausgaben, wie z.B. die Kreisumlage, daher weiter steigen, müsse man bei den Pflichtaufgaben kürzen. Diese könne man zwar nicht komplett streichen, aber durchaus in geringerem Umfang anbieten: Reduzierung der Betreuungszeiten in den Kindertageseinrichtungen, Reduzierung des Winterdienstes, Kürzung bei der Straßenunterhaltung, ...

Da in der Presse bereits mehrfach erwähnt wurde, dass die Misere beim Kreiskrankenhaus auf fehlende Zahlungen des Landes zurückzuführen sei, möchte Ulrich Schmidlein wissen, ob die Kommunen denn keine Möglichkeit hätten, die Ihnen zustehenden Mittel irgendwie einzutreiben. Bürgermeisterin Grassi führt daraufhin aus, dass die Gemeinden und Städte in Baden-Württemberg Mitglied im Gemeinde- bzw. Städtetag seien und von diesen Interessensverbänden auf Bundes- und Landesebene vertreten würden. Zusätzlich gebe es noch den Landkreistag, der wiederum die Interessen der Landkreise vertrete. Diese Gremien leisteten eine sehr wichtige und gute Arbeit, seien am Zustandekommen von Gesetzen und Rechtsverordnungen beteiligt und hätten auch die Möglichkeit, Stellungnahmen zum geplanten Koalitionsvertrag abzugeben. Gerade der Gemeindetag, so Bürgermeisterin Grassi weiter, vertrete die Interessen der Kommunen weit besser als manch Abgeordneter und informiere außerdem auch immer zeitnah und zielgerichtet.

Eberhard Bohnet stellt fest, dass das größte Problem der Umstand sei, dass auf Bundes- und Landesebene Maßnahmen beschlossen, deren Umsetzung aber auf die Kommunen und Landkreise übertragen würden, ohne dass diese einen entsprechenden finanzielle Ausgleich hierfür bekämen. Bürgermeisterin Grassi bestätigt dies.

Sie geht dabei auf die nun beschlossene Infrastrukturförderung des Bundes ein. Dies würde sich nach sehr viel Geld anhören, breche man es allerdings runter auf die Kommunen, so wird nicht wirklich viel ankommen. Anstatt immer mehr komplizierte und aufwendige Förderprogramme aufzulegen, sei es eigentlich viel sinnvoller, die pauschalen, bzw. einwohnerabhängigen Zuweisungen an die Kommunen zu erhöhen. Schon ein höherer Anteil an der Umsatz- oder der Einkommenssteuer sei unbürokratisch machbar und würde zu einer deutlichen Stärkung der Kommunen bzw. deren Finanzen führen.

Bevor Bürgermeisterin Grassi zum nächsten Thema kommt, erläutert sie noch kurz den Schuldenstand der Gemeinde, die Pro-Kopf-Verschuldung und das Haushaltsvolumen der Investitionen. Die Gemeinde Waldachtal habe in den vergangenen Jahren gut gewirtschaftet und viel investiert, das Jahr 2024 habe aber zu enormen Verschiebungen geführt. So sei die Pro-Kopf-Verschuldung von 367,17 € im Jahr 2023 auf 789,62 € im Jahr 2024 gestiegen. Ob man die für die Zukunft geplanten Projekte daher tatsächlich realisieren könne, hänge unter anderem davon ab, ob man einen Zuschuss bekomme oder nicht.

Investitionen und Projekte 2024 / 2025

Die von Frau Grassi vorgestellten Investitionen und Projekte lassen sich aus der Maßnahmenlisten der Haushaltspläne 2024 und 2025 entnehmen.

Projekt 1: Naturkindergarten

Der neu errichtete Naturkindergarten wurde zwar schon 2023 in Betrieb genommen, da im Jahr 2024 aber noch Restarbeiten wie die Terrasse und deren Umrandung erledigt werden mussten, erfolgte auch die Schlussabrechnung erst zu einem späteren Zeitpunkt. Insgesamt fielen beim Naturkindergarten Gesamtkosten in Höhe von rund 523.000 € an. Für die Maßnahme konnten nachträglich Fördermittel in Höhe von 132.000 € generiert werden.

Projekt 2: Digitalisierung der Grundschulen

Die Klassenräume der Grundschule Waldachtal und der Grundschule Salzstetten wurden 2024/2025 mit digitalen Tafeln ausgerüstet. Außerdem wurden für die Grundschule Waldachtal 80 und für die Grundschule Salzstetten 40 iPads angeschafft. Die Kosten beliefen sich dabei für die Grundschule Waldachtal auf 112.000 €, für die Grundschule Salzstetten auf 60.000 €. Für beide Schulen wurden 59.100 € an Fördermitteln aus dem Digitalpakt Schule bewilligt.

Projekt 3: Neubau Rathaus

Das neue Rathaus wurde im vergangenen Jahr fertiggestellt und bezogen. Im Zuge des Gemeindejubiläums „50 Jahre Waldachtal“ vom 6. bis 8. September 2024 wurde der Neubau offiziell eingeweiht. Die Gesamtkosten belaufen sich voraussichtlich auf 5.400.000 €; an Zuschussmitteln erhielt die Gemeinde insgesamt 2.182.270 €: 1.336.000 € aus dem Ausgleichsstock, 750.000 € an ELR-Mitteln und 96.270 € aus Mitteln der Tourismusförderung.

Projekt 4: Neubau von PV-Anlagen

In den vergangenen Monaten wurden die Dächer des Kinderhauses, des Bauhofs und der ehem. Feuerwehrgarage Oberwaldach mit PV-Anlagen versehen. Die PV-Anlage am Kinderhaus wurde bereits in Betrieb genommen und hat mit über 50 % einen sehr hohen Eigenverbrauch. Die Verwaltung schätzt, dass sich die Anlage nach ca. 12 Jahren amortisiert haben müsste. Die PV-Anlagen am Bauhof und an der ehem. Feuerwehrgarage wurden erst kürzlich abgenommen und sind noch nicht in Betrieb. Deshalb kann die Frage Ulrich Schmidtleins nach nennenswerten Erträgen auch nicht bzw. noch nicht beantwortet werden.

Die Kosten für die PV-Anlagen betrugen beim Bauhof 175.000 €, beim Kinderhaus 145.000 € und bei der Feuerwehrgarage Oberwaldach 32.000 €.

Bürgermeisterin Grassi erwähnt in diesem Zusammenhang, dass man eigentlich verpflichtet gewesen sei, auf dem Dach des Bürgerhauses Oberwaldach eine PV-Anlage zu errichten. Der Denkmalschutz spiele hierbei zwar keine Rolle mehr, aber das Dach bzw. dessen Aufbauten schienen für eine PV-Anlage eher ungeeignet,

weshalb man sich darauf geeinigt habe, stattdessen die ehem. Feuerwehrgarage mit einer PV-Anlage zu versehen.

Projekt 5: Sanierung Bürgerhaus Oberwaldach

Das Projekt Bürgerhaus Oberwaldach konnte im Jahr 2024 weitestgehend abgeschlossen werden. Im Zuge der Sanierung wurden unter anderem die Fassade und die Türen erneuert und ein barrierefreier Zugang geschaffen. Die voraussichtlichen bzw. geplanten Gesamtkosten belaufen sich auf 435.000 €, wobei aus ELR-Mitteln ein Zuschuss in Höhe von 106.000 € gewährt wurde.

Projekt 6: Investitionen in die Löschwasserversorgung

Die beiden Löschwasserspeicher am neuen Rathaus (240.000 €) und in Heiligenbronn (185.000 €) wurden mittlerweile fertiggestellt. Für die kommenden Jahre sind weitere Maßnahmen zur Sicherung des Löschwassers geplant: Ein Löschwasserbehälter an der Waldachtalschule (voraussichtliche Kosten: 300.000 €) und in Salzstetten die Aufdimensionierung von Leitungen (Niederzone – voraussichtliche Kosten: 380.000 €), wobei beide Maßnahmen freilich von den finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde abhängen. Fördermittel gibt es für solche Maßnahmen leider nicht. Der Löschwasserspeicher an der Waldachtalschule ist in erster Linie für die Versorgung des benachbarten Wohngebietes gedacht.

Projekt 7: Errichtung neuer E-Ladesäulen und Car-Sharing Stellplätzen

In Kooperation mit der Firma deer wurden am ZOB in Lützenhardt, in der Dorfmitte Tumlingens, am Bürgerhaus Oberwaldach und in der Hauptstraße in Salzstetten vier E-Ladesäulen errichtet. Die Gemeinde übernahm die Kosten für den Tiefbau in Höhe von 36.500 €, erhielt hierfür aber keine Fördermittel. Das Car-Sharing und die finanzielle Abrechnung an diesen vier Ladesäulen erfolgt über die Firma deer, welcher die Ladesäulen auch gehören. Am Rathaus Waldachtal wurden zwei weitere Ladesäulen errichtet, die der Gemeinde Waldachtal gehören. Bürgermeisterin Grassi erklärt bei dieser Gelegenheit, wie man ein Fahrzeug der Firma deer leihen kann und weist darauf hin, dass man dies aufgrund der Vorprüfungen (Führerscheinangaben etc.) rechtzeitig über die App anmelden sollte.

Projekt 8: Neugestaltung Dorfmitte Tumlingen

Das Bauprojekt „Dorfmitte Tumlingen“ ist abgeschlossen und wurde im Sommer 2024 offiziell eingeweiht. Die Maßnahme wurde mit Kosten in Höhe von insgesamt 220.000 € veranschlagt, aus dem „Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum“ wurden Fördermittel in Höhe von 76.500 € bewilligt.

Projekt 9: Sanierung Gemeindesaal Tumlingen

Mit der Sanierung des Tumlinger Gemeindesaals wurde bereits begonnen. In einem ersten Schritt soll der Gemeindesaal vom Rathaus abgekoppelt werden und eine eigene Heizung erhalten, damit das Rathaus problemlos verkauft werden kann. Des Weiteren soll die Elektrotechnik erneuert werden. Für die Sanierungsmaßnahmen wurden Kosten in Höhe von 290.000 € eingeplant. Aus ELR-Mitteln wurde ein Zuschuss in Höhe von 97.000 € bewilligt.

Projekt 10: Sanierung Schule / Kindergarten Salzstetten

Grundschule und Kindergarten Salzstetten werden in mehreren Bauabschnitten saniert. Bereits im vergangenen Jahr erfolgten Trockenbau, Elektroinstallationen, Holzbauarbeiten und Malerarbeiten. Zudem wurde die Küche erneuert. Diese Maßnahmen wurden mit Gesamtkosten in Höhe von 336.000 € im Haushalt eingeplant, die Schlussrechnungen liegen aber noch nicht komplett vor. 2025 erfolgt der 2. Bauabschnitt, der den Bodenbelag in der Aula, die Sanitäranlagen der Schule sowie die Außentüren umfasst. Hierfür wurden Ausgaben in Höhe von 667.000 € eingeplant. Auch für die Sanierung erhält die Gemeinde Fördermittel vom Land, aus dem Ausgleichstock.

Projekt 11: Ausbau Pumpwerk Breitenbach zum Wasserwerk

Zusammen mit der Stadt Dornstetten baut die Gemeinde Waldachtal das Pumpwerk Breitenbach zu einem vollständigen Wasserkraftwerk um. Ziel der Maßnahme ist es, mehr vorhandenes Eigenwasser zu nutzen. Mit der Maßnahme wurde bereits begonnen. Die Kosten werden jeweils hälftig von der Stadt Dornstetten und der Gemeinde Waldachtal getragen. Der Anteil der Gemeinde Waldachtal liegt bei 1.300.000 €. Hierfür wurden Fördermittel in Höhe von 397.000 € bewilligt.

Projekt 12: Sanierung der „Heufeldstraße“

Die Sanierung der Heufeldstraße war dringend notwendig, da man die Straße aufgrund schwerer Schlaglöcher vor allem im Winter kaum mehr befahren konnte. Für die Maßnahme, mit der im März 2025 begonnen wurde, wurden Gesamtkosten in Höhe von 923.000 € veranschlagt. Diese teilen sich wie folgt auf: Straße 400.000 €, Straßenbeleuchtung 58.000 €, Kanal 309.000 € und Wasserleitung 156.000 €.

Für die Sanierung der „Heufeldstraße“ werden keine Fördermittel gewährt, da es sich hier um eine erschließungsbeitragspflichtige Straße handelt und die Kosten dann auf die Angrenzer umgelegt werden.

Projekt 13: Beschilderung von Rad- und Wanderwegen

Die neue Rad- und Wanderwegbeschilderung konnte auch 2024 vollständig umgesetzt werden und auch die neuen Karten liegen seit Dezember vor. Mit den fünf Rundwanderwegen können künftig alle Sehenswürdigkeiten im Waldachtal „erwandert“ werden. Außerdem entspricht die Beschilderung nunmehr den Vorgaben des Schwarzwaldhauptvereins und des Naturparks Schwarzwald Mitte / Nord. Für die Wanderwege inklusive Konzeption wurden Kosten in Höhe von rund 125.000 € veranschlagt. Der Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord beteiligt sich mit einem Zuschuss in Höhe von rund 36.000 €. Für die Beschilderung der Radwege inklusive Konzeption wurden rund 74.000 € ausgegeben, hier zu gab es einen LVGFG-Zuschuss in Höhe von rund 43.000 €.

Projekt 14: Ersatzbeschaffung GW-Logistik 2

Der Schlauchwagen der Freiwilligen Feuerwehr Waldachtal wurde kürzlich durch einen neuen GW-Logistik 2 ersetzt. Die Gesamtkosten beliefen sich auf 587.747,45 €, aus dem Ausgleichsstock und der ZFEU erhielt die Gemeinde Waldachtal Fördermittel in Höhe von insgesamt 191.000 €. Bürgermeisterin Grassi erwähnt in diesem Zusammenhang, dass man den GW-Logistik 2 bereits im Jahr 2022 bestellt habe, die Auslieferung desselben aber erst im Januar 2025 erfolgt sei.

Projekt 15: Ersatzbeschaffung Drehleiter

Auch die Drehleiter muss in den nächsten Jahren ersetzt werden. Hierfür wurden Gesamtkosten in Höhe von 1.140.000 € eingeplant und Fördermittel in Höhe von 663.000 € aus dem Ausgleichsstock und der ZFEU beantragt. Bürgermeisterin Grassi erwähnt bei diesem Punkt, dass man die europaweite Ausschreibung noch in diesem Jahr vornehmen wolle, mit der Lieferung dieser Ersatzbeschaffung aber wahrscheinlich nicht vor Ende 2027 zu rechnen sei.

Projekt 16: Sanierung der Straße „Im Bürgle“

Für die Sanierung der Straße „Im Bürgle“ in Salzstetten wurden im Haushaltsplan Ausgaben in Höhe von insgesamt 980.000 € eingeplant. Eine Förderung der Maßnahme wurde beantragt. Bürgermeisterin Grassi betont, dass die Sanierung ohne diese Fördermittel nicht umgesetzt werden könne. Bislang liege aber keine Förderzusage vor.

Projekt 17: Neubau Mensa

An der Waldachtalschule in Tumlingen soll eine Mensa errichtet werden. Aufgrund des Rechtsanspruchs auf eine Ganztagsbetreuung ab 2026 ist mit einer steigenden Kinderzahl zu rechnen. Die Mensa soll gewährleisten, dass auch in Zukunft alle betreuten Kinder mit einem Mittagessen versorgt werden können. Die derzeit genutzten Räume im Kinderhaus stoßen bereits jetzt an ihre Kapazitätsgrenzen und werden in Zukunft nicht mehr ausreichen. Das Mensagebäude sieht zwei Stockwerke mit weiteren Aufenthaltsräumen für die Kinder vor. Der Bau wird auf rund 6,6 Millionen € geschätzt, weshalb die Gemeinde auch hier auf Zuschüsse angewiesen sein wird. Ohne Zuschüsse kann und wird der Bau nicht realisiert werden. Beantragt wurden im Übrigen Fördermittel in Höhe von 4.641.000 € aus dem Ausgleichsstock und dem Sonderförderprogramm Ganztagsausbau. Eine Förderung wurde zwar mündlich signalisiert, die schriftlichen Bescheide stehen aber noch aus.

Projekt 18: Sanierungsgebiet „Ortsmitte Lützenhardt“

Im Jahr 2022 wurde die „Ortsmitte Lützenhardt“ zum Sanierungsgebiet erklärt. Ziel dieser Maßnahme ist die Stärkung des Wohnstandorts, die energetische oder ökologische Erneuerung des Gebäudebestands sowie die Verbesserung des Wohnumfeldes. Mit dem Haus des Gastes und dem Haus der Vereine sowie dem alten Rathaus ist auch die Gemeinde Waldachtal mit Gebäuden im Sanierungsgebiet vertreten.

Herr Dr. Rolf Emele erkundigt sich bei dieser Gelegenheit nach dem Verkauf der beiden alten Rathäuser in Tumlingen und Lützenhardt. Bürgermeisterin Grassi teilt daraufhin mit, dass der Verkauf beider Gebäude ausgeschrieben worden sei. Die Ausschreibung ende am 31.05.2025. Die Verwaltung gehe davon aus, dass sich für jedes Gebäude mindestens ein Bewerber finde, man werde den endgültigen Verkauf aber vom Konzept und dem Preisangebot anhängig machen. Die Gemeinde dürfe generell nicht unter Wert verkaufen und dieser Grundsatz gelte angesichts der aktuellen Finanzsituation umso mehr.

Windkraft

Teilregionalplan Windkraft

Zur Einführung in das Thema Windkraft zeigt Bürgermeisterin Grassi den Anwesenden den Kurzfilm „Von der Flächenreservierung zum Windpark“, der auch auf der Internetseite des Regionalverbands Nordschwarzwald unter <https://nordschwarzwald-region.de/regionalplanung/teilfortschreibung/teilregionalplan-windenergie/> ist.

Anschließend erinnert Bürgermeisterin Grassi daran, dass aufgrund bundes- und landespolitischer Vorgaben 1,8 % der Fläche für Windenergie genutzt werden sollen. Aufgabe des Regionalverbands Nordschwarzwald sei nun, geeignete Flächen zu suchen und im Teilregionalplan Windenergie auszuweisen. Besagter Plan soll möglichst bis zum 30.09.2025 fertig und rechtskräftig sein. Bei einer ersten Träger- und Öffentlichkeitsbeteiligung im Frühjahr 2024 seien über 18.000 Stellungnahmen beim Regionalverband eingegangen. Auch die Gemeinde Waldachtal habe eine Stellungnahme abgegeben und darum gebeten, den Abstand der Windenergieanlagen zur Wohnbebauung auf 850 m zu erhöhen. Bürgermeisterin Grassi macht des Weiteren darauf aufmerksam, dass – sollte der Teilregionalplan nicht in Kraft treten oder das Flächenziel nicht erreicht werden – Windenergieanlagen theoretisch überall gebaut werden könnten. Mit Hilfe des Teilregionalplanes könne man den Bau von Windenergieanlagen hingegen steuern und auf bestimmte Gebiete beschränken.

Die Entwurfskulisse des Teilregionalplans weist auf Waldachtaler Gemarkung zwei potenzielle Flächen aus: WF5 auf Gemarkung Cresbach und WF9 auf Gemarkung Tumlingen. Auf Gemarkung Cresbach befindet sich die komplette Windvorrangfläche in Staatseigentum, weshalb die Gemeinde Waldachtal hier keinerlei Einfluss hat. Die Windvorrangfläche auf Gemarkung Tumlingen und Grünmettstetten teilt sich wie folgt auf: ca. 14 % befinden sich im Eigentum der Stadt Horb, 45 % sind in Privatbesitz und 41 % gehören der Gemeinde Waldachtal.

In seiner Sitzung am 17.03.2025 hat der Gemeinderat Waldachtal mit deutlicher Mehrheit (17 von 19 Stimmen) beschlossen, die kommunalen Flächen innerhalb der Potenzialfläche für Windkraft zur Verfügung zu stellen, die Flächen im Rahmen eines Flächenpoolings zu verpachten und mit dem vor Ort bereits tätigen Projektierer, der Fa. Alterric, in Vertragsverhandlungen zu treten bzw. zu kooperieren. Die öffentlichen Unterlagen zu dieser Beratung und Beschlussfassung seien im Übrigen, so Bürgermeisterin Grassi weiter, im Ratsinformationssystem der Gemeinde abrufbar.

Ausschlaggebend für dieses Votum sei die Tatsache gewesen, dass Windkraft politisch gewollt sei und deshalb kaum verhindert werden könne. Zudem sei ein Projektierer bereits im Gespräch mit verschiedenen Grundstückeigentümern. Da 45 % der Vorrangfläche in Privateigentum seien, sei ein „Windpark“ auch ohne Beteiligung der Gemeinde durchaus denkbar und möglich. Der Gemeinderat war aber der Meinung, dass man – wenn schon Windräder errichtet würden – auch davon profitieren wolle. Dem Gemeinderat sei bei der Beschlussfassung zudem wichtig gewesen, so Bürgermeisterin Grassi weiter, hinsichtlich Anzahl und Abstand der WEAs Einfluss nehmen und zum Beispiel fordern zu können, dass auf der gesamten Fläche max. 6 Anlagen errichtet würden.

Im Gemeinderat habe man im Übrigen auch die Möglichkeit eines Interessenbekundungsverfahrens diskutiert. Bei einem solchen Verfahren hätte man aufgrund verschiedener Kriterien eine Auswahl unter mehreren Projektierern getroffen. Hierfür hätte man aber erst einen Kriterienkatalog bzw. eine Matrix erstellen müssen, was zu einer weiteren Verzögerung geführt hätte. Und da man davon ausgehen müsse, dass mit Inkrafttreten des Teilregionalplanes plötzlich alle einen Windpark errichten wollten, wollte man nicht noch mehr Zeit verlieren. Die Gemeinde Loßburg, so Bürgermeisterin Grassi weiter, sei schon etwas früher in die Planungen eingestiegen und habe ein Interessenbekundungsverfahren durchgeführt. Nach Auswertung der Matrix habe sich die Gemeinde dann für die Fa. Alterric als ausführenden Projektierer entschieden. Der Gemeinderat Waldachtal sah durchaus Parallelen zwischen den beiden Kommunen und war daher der Ansicht, dass eine Zusammenarbeit mit der Fa. Alterric so falsch nicht sein könne.

Bürgermeisterin Grassi führt weiter aus, dass bis zur tatsächlichen Errichtung der WEAs noch viel Zeit vergehen und viel passieren könne. So seien zunächst einige Gutachten nötig, deren Erstellung vorneweg ein Jahr bzw. eine Vegetationsperiode dauern würde. Dann hänge eine Realisierung natürlich auch von der Beteiligung der zahlreichen privaten Grundstückseigentümer und unter Umständen von politischen Entscheidungen (Stichwort: EEG-Umlage) ab.

Im Hinblick auf den zeitlichen Ablauf erläutert Bürgermeisterin Grassi, dass man zunächst Gespräche mit der Fa. Alterric führen und dann alle Grundstückseigentümer zu einer Infoveranstaltung einladen wolle. Danach wolle man evtl. auch die Öffentlichkeit informieren. Erst wenn der Projektierer feststehe und dieser genügend Flächen gesichert habe, würde er die Vorprüfungen zum Genehmigungsverfahren (Windmessungen, Umwelt- und Artenschutzgutachten, usw.) einleiten.

In der anschließenden Fragerunde erkundigt sich Thomas Schmidt nach den Schallemissionen. Bürgermeisterin Grassi hat diesbezüglich weniger Bedenken, da man den Abstand zur Wohnbebauung von den politisch vorgegebenen 700 m auf 850 m erhöhen wolle. Frau Finkbeiner fügt ergänzend hinzu, dass ja auch Schallschutzgutachten im Verfahren notwendig sein werden.

Auf das Waldgebiet angesprochen, teilt Bürgermeisterin Grassi mit, dass dieser Wald sicherlich einer der qualitativ schlechteren der Gemeinde Waldachtal sei. Daher blute das Herz weniger als es bei anderen Waldflächen der Wald sei.

Peter Strauß möchte wissen, was passiere, wenn zusätzlich zur Fa. Alterric noch ein zweiter Projektierer auftauche und ebenfalls Windräder erstellen wolle. Bürgermeisterin Grassi erwidert daraufhin, dass der Gemeinderat sich für eine Maximalzahl von insgesamt 6 WEAs auf der gesamten Vorrangfläche ausgesprochen habe. Das sei eine durchaus realistische Zahl, weil ein Windpark lt. Projektierer erst ab 4 WEAs wirtschaftlich sei, zwischen den einzelnen Anlagen aber ein bestimmter Mindestabstand eingehalten werden müsse. Sollte die Fa. Alterric mit allen Grundstückseigentümern Verträge schließen, sei ein weiterer Projektierer ohnehin außen vor.

Thomas Schmidt erkundigt sich nach dem Standort der einzelnen WEAs und möchte insbesondere wissen, wie deren Anzahl auf die beiden Flächen linker und rechter Hand

der Straße verteilt werde. Bürgermeisterin Grassi erklärt daraufhin, dass der endgültige Standort erst im Laufe des Verfahrens festgelegt werde und unter anderem von der Zuwegung und den diversen Gutachten abhängen. Der Rote Milan sei zwar – wie vor 10 Jahren noch – kein „Totschlagargument“ mehr, dennoch könne das Artenschutzgutachten zum Ergebnis kommen, dass die Vorrangfläche Lebensraum einer schützenswerten Art sei.

Gerd Rieger erinnert an die Informationsveranstaltung zur Biotopverbundplanung, die erst kürzlich am selben Ort stattgefunden habe. Herr Rieger zeigt sich verwundert, dass man einerseits für die Windenergie kurzerhand Wald abholze und andererseits für den Biotopverbund Flächen suche, die man entsprechend umwandeln oder bepflanzen könne. Dies erscheine ihm etwas widersprüchlich. Ansonsten befürworte er aber den Gemeinderatsbeschluss. Er habe nach anfänglichen Zweifeln ebenfalls in regenerative Energien investiert und auf seinen Dächern Photovoltaik-Anlagen errichtet.

Gemeinderat Jens Hemminger meldet sich zu Wort und macht nochmals deutlich, dass es dem Gemeinderat wichtig gewesen sei, bei einer Realisierung der Windkraftanlagen nicht nur den Anblick ertragen zu müssen, sondern für die Gemeinde und die Bevölkerung auch Vorteile daraus zu schlagen. Zudem könne es sich die Gemeinde Waldachtal angesichts der finanziellen Lage gar nicht leisten, hier nicht mitzumachen und auf zusätzliche Einnahmen zu verzichten.

Herr Essig spricht die negative Presse aus Grünmettstetten an. Alexander Steiger, Ortsvorsteher von Grünmettstetten, geht darauf ein und erklärt, dass er grundsätzlich für regenerative Energien und auch für die Windkraft im Vorranggebiet sei. Ihm sei auch durchaus bewusst, dass man nicht nur die Energie, sondern auch die Einnahmen dringend benötige. Was ihn jedoch gewaltig störe, so Herr Steiger weiter, sei der Umstand, dass er von Seiten der Stadt Horb keine Informationen erhalten und dass keine offene Diskussion stattgefunden habe. Er hätte sich gewünscht, dass die Stadt Horb ihre Bürger genauso behandeln und Themen wie die Windkraft genauso kommunizieren würde wie die Gemeinde Waldachtal.

Peter Strauß erkundigt sich nach dem Löschwasserkonzept für die WEAs und möchte insbesondere wissen, wer hier tätig werden müsse. Bürgermeisterin Grassi teilt daraufhin mit, dass man im Außenbereich nur mit Wasser, nicht aber mit irgendwelchen chemischen Löschmitteln wie Schaum löschen dürfe. Brennende WEAs lasse man aber in der Regel kontrolliert abbrennen, da man aufgrund der Höhe der Anlage kaum eine andere Möglichkeit habe. Abgesehen davon sei aber der Projektierer für den Objektschutz verantwortlich.

Gemeinderat Klaus Kugler kritisiert, dass WEAs in der Regel zu 80 % stillstehen würden. Das Argument der „Stromsicherheit“ gelte seines Erachtens daher nur bedingt. Bürgermeisterin Grassi bestätigt, dass ein Strommix auf jeden Fall sinnvoll und bei der Speicherung zudem noch sehr viel Luft nach oben sei. Bis zur Realisierung der WEAs vergehe aber definitiv noch sehr viel Zeit und bis dahin, so Bürgermeisterin Grassi ganz zuversichtlich, werde auch die Technologie hinsichtlich der Speichermöglichkeiten deutliche Fortschritte machen.

Präsentation auch auf www.waldachtal.de